



Berlin, 08. Juni 2007

GdP: Polizei gewährleistet Sicherheit des Gipfels unter größten Belastungen

Rostock. Der in der deutschen Nachkriegsgeschichte größte Einsatz ging nach Einschätzung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) personell und physisch an die Grenzen der Polizei. „Mit übermenschlicher Kraftanstrengung und unter kaum vertretbaren Belastungen haben unsere Beamtinnen und Beamten die Sicherheit des Gipfels gewährleistet“, sagte der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg am Freitag in Rostock.

„Meine Kolleginnen und Kollegen waren zum Teil über 30 Stunden ununterbrochen im Einsatz. Noch am Donnerstag wurden die letzten Reserven der Bundesländer mobilisiert, um die Lage zu entlasten.“ Dennoch sei es der Polizei gelungen, die Sicherheit der Staatsgäste zu garantieren, friedliche Demonstrationen zu ermöglichen und gut organisierte kriminelle Gewalttäter letztlich in ihre Schranken zu weisen. „Wir haben immer davor gewarnt, die Polizei kaputt zu sparen. Der G8-Einsatz hat gezeigt, dass wir kurz davor stehen. Nur dem persönlichen Engagement jeder einzelnen Kollegin und jedes einzelnen Kollegen ist es zu verdanken, dass dieser Großeinsatz noch beherrscht werden konnte. Die hohe Zahl der Verletzten macht uns betroffen.“

Die Innenministerkonferenz, so forderte Freiberg, solle den G8-Einsatz gründlich aufarbeiten. „Die Unterbringung der Kräfte und auch die Versorgung mit Essen und Trinken wiesen zum Teil erhebliche und nicht zu akzeptierende Mängel auf. Wer bei einem solchen Einsatz über 16 Stunden keine warme Mahlzeit in den Magen bekommt, ist kurz davor, die Brocken hinzuwerfen“, sagte Freiberg.

Freiberg forderte die Politik auf, während eines solch schwierigen Einsatzes auf jegliche Einmischung zu verzichten. Freiberg: „Unsere erfahrenen Einsatzkräfte wissen am besten, wie friedliche Demonstrationen zu schützen und kriminelle Gewalttäter aus dem Verkehr zu ziehen sind. Da soll man auf die Praktiker vertrauen. Das Deeskalationsprinzip ist im übrigen Grundlage jeglichen polizeilichen Handelns. Es findet aber seine Grenzen dort, wo schwere Straftaten vorbereitet oder begangen werden.“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190